27.2.1976

1. Über unsere Arbeit in den nächsten Wochen
2. Aktionseinheitsaufruf für die ersatzlose Streichung aller Abtreibungsparagraphen.
3. Bericht der Redaktion: Zur Mitarbeit am "Klassenkampf"

1.

Seit den letzten Festlegungen im RS 46 hat sowohl die Abtreibungsfrage als auch die Frage der sbwenischen Minderheit zunehmend an Bedeutung gewonnen.

ooo In der Abtreibungsfrage orientieren wir uns auf die Vorbereitung einer Demonstration, die noch vor der Behandlung des Volksbegehrens im Parlament (also vor dem 31.3.) stattfinden und mit der zum Ausdruck kommen soll, daß das Volk weder hinter der "Aktion Leben" noch hinter der Fristenlösung steht, sondern sein klares Interesse das Recht auf Abtreibung ist.

Diese Orientierung wurde auch mit den anderen KBs und den KGs abgesprochen, die in der gleichen Zeit ebenfalls entsprechend auftreten werden.
Zur Vorbereitung der Agitation sollen sich die Kollektive vor allem auf den Bericht von P.F.M. und die Stellungnahme von W.L. sowie auf die Artikel im Klassenkampf 1,2,3/76, die neue Zeitung des Komitees, den AE-Aufruf und die zentralen Flugblätter stützen. Als weiteres Agit-Mittel werden 2 Plakate des Komitees zur Verfügung gestellt.
Zur Vorbereitung der Demonstration soll sowohl beim Zeitungsverkauf (1 Stelltafel) als auch bei den Betrieben (mind. 2 x) aufgetreten werden.

Die Bedingungen für eine breite ideologische Arbeit in der Abtreibungsfrage haben sich weiter günstig entwickelt; immer größere Teile des Volkes wissen bereits, daß die Fristenlösung die Aufrechterhaltung des Abtreibungsverbotes bedeutet, was die bürgerlichen Kräfte, die sich ohnehin uneins sind, zwingt ideologisch zurückzustecken.
Die Regierung kann in einer solchen Situation nicht mehr, ohne sich ein Eigentor zu schießen, wie noch vor einem Jahr die Fristenlösung als einen großen Schritt vorwärts in Richtung auf das Recht auf Abtreibung verkaufen, und versuchen die Massen für eine "Verteidigung" der Fristenlösung gegen die Angriffe "von rechts" zu gewinnen; damit ist ihr aber auch die Grundlage für eine heftige Polemik gegen die Aktion Leben entzogen.

Die Regierung wird das Volksbegehren nicht zuletzt aus dem Grund daß sich immerhin 1 mio. Wähler daran beteiligt haben, sehr "korrekt" und "demokratisch" behandeln und es zusätzlich zum Anlaß nehmen, an der jetztigen gesetzlichen Regelung unter dem Deckmantel der Bereitschaft die positiven Aspekte aus dem Volksbegehren zu berücksichtigen, solche Veränderungen vorzunehmen,

die auf eine "Rationalisierung", d.h. auf eine weitere Verschärfung der Kontrolle hinauslaufen.
Die Bourgeoisie hatte bei der Vorbereitung des Gesetzes nie die Absicht, daß Recht auf Abtreibung festzuschreiben, sondern v.a. ihre gesellschaftspolitischen Bedürfnisse zu befriedigen, was mit der zunehmenden Krise und der wachsenden realen Kriegsgefahr immer dringlicher wurde.

Bis heute konnte aber der Zweck des Gesetzes, die Erzielung größerer Zuwächse der Geburtenrate, durch eine drastische Einschränkung der Abtreibungsziffern nicht erreicht werden, weil die jetzige Regelung offensichtlich noch zuviele "schlupflöcher" offen gelassen hat - v.a. was die Kompetenz der Ärzte betrifft.
Es ist nicht unrealistisch damit zu rechnen, daß die Regierung - durch einfache Verordnungen - beabsichtigt, die "Beratung" auf den Amtsarzt oder staatliche Beratungsstellen einzuschränken, um die Registrierungslücken zu schließen.
Dieser Vorschlag wird auch von Kard.König als auch vom Broda-Ministerium forciert, die sich beide für die "französiche Lösung" ausgesprochen haben, was die Entscheidung über die Abtreibung dem Amtsarzt unterwerfen würde.

Bei einem solchen "Gleichklang" von Kirche und Regierung werden alle anderen bürgerlichen Parteien und Kräfte zur Statisterie degradiert.
Die ÖVP sieht weiterhin nur die medizinische Indikation vor.
Die FPÖ hat die "soziale Indikation" in ihre Vorstellung aufgenommen.
Die Aktion Leben, mit der sich keine der bürgerlichen Parteien identifiziert, hat schon während der Unterschriftesammlung v.a. die "sozialen Aspekte" in den Vordergrund geschoben, ihr eigentliches Ziel in den Hintergrund gerückt und urgiert heute nunmehr "eine ernsthafte Behandlung des Volksbegehrens".

Soweit sich die Lage überblicken läßt, gibt es heute kaum Kräfte, die offensiv für die Fristenlösung eintreten; selbst in manchen SP-Publikationen werden hauptsächlich die Schikanen die diese Regelung bedeutet hervorgehoben.
Es gibt aber eine Ausnahme: die KPÖ.
Sie ist die einzige Kraft, die ganz offen für die Verteidigung der Fristenlösung eintritt und wird so der SP-Regierung gute ideologische Hilfe leisten.

Die St-oßrichtung unserer Politik ist klar:
für die Streichung der Abtreibungsparagraphen,
gegen alle Formen des Abtreibungsverbotes wie
Fristenlösung oder Aktion Leben.

Auf dieser Grundlage muß es uns gelingen, die Maßnahmen der Regierung zu entlarven und die Menschen für die Demonstration zu gewinnen, die ein weiteres Mittel sein soll zur Mobilisierung und Sammlung neuer Kräfte, die bereit sind, offen für das Recht auf Abtreibung einzutreten.

ooo In der Frage der Minderheitenfeststellung können wir uns heute noch nicht auf eine zusammenhängende Einschätzung der verschiedenen Kräfte stützen. Der Bericht wird aber dieser Tage fertiggestellt und von der Leitung nächste Woche herausgegeben werden und kann dann als Grundlage unserer Arbeit dienen.
Übernächste Woche wird die Broschüre fertig sein und soll dann in der Massenarbeit eingesetzt werden.
In der Woche vom 8.-13.III. wird die Frage im zentralen FB behandelt. Die Wandzeitung wird in der Hauptsache die Minderheitenfeststellung zum Inhalt haben. Auf der nationalen Konferenz am 6./7.III; wird unser Vorgehen mit den anderen Organisationen koordiniert.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß die Kollektive möglichst rasch Protokolle über ihr bisheriges Auftreten an den Leitungsverantwortlichen (W.K.) weiterleiten.

ooo In der 1. Märzhälfte werden wir noch für die Veranstaltung des KSA zum VÖEST-Projekt Propaganda machen (11.III.Porrhaus, 19.30) Unterlagen gibt es im RS 52, weiters ein Plakat. Es soll einmal dazu aufgetreten werden.

ooo Die 2.Märzhälfte soll noch zur Propaganda für die Filmveranstaltung anläßlich des 1.Jahrestages der Befreiung Phnom Penhs benutzt werden.
(26.III.Porrhaus.19.00 uhr)

Am 17.April 1975 wurde Phnom Penh befreit. Dieser Tag kennzeichnet für das kambodschanische Volk den Beginn einer neuen Epoche, die vollständige Befreiung von der imperialistischen Okkupation, die Epoche des Aufbaus eines unabhängigen, demokratischen und blühenden Kambodschas. Unter der Führung der FUNK hat das kamb.Volk den Sieg im nationalen Befreiungskampf errungen, unter ihrer Führung hat es die Umgestaltung des ganzen Landes weiter vorangetrieben.
Heute - nach knapp einem Jahr ist das "Demokratische Kambodscha" "ein Staat der kembod. Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen", wie es in der neuen Verfassung vom 5.1.76 verkündet wurde.

Wir zeigen den Film anläßlich des 1.Jahrestages der Befreiung zur Propaganda der Zieleund Erfolge des Volkes von Kambodscha und zur Festigung des Bündnisses zwischen dem österreichischen Volk, die durch den Kampf um die gemeinsame Sache, die endgültige Befreiung, verbunden sind.

Bei der Propagierung der Veranstaltung ist es wichtig, vor allem einmal unseren Sympathisanten den Gedanken der gemeinsamen Ziele des Kampfes der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern und dem revolutionären Befreiungskampf der Völker der 3.Welt nahezubringen, sie für den Film, der von einem chinesischen Kamerateam in den Tagen der Befreiung gedreht wurde, zu interessieren, und sie auf der Grundlage der alten Artikel im Klaka 4/75, 5/75 und die Zeitung des Indochina-Komitees von damals über den Kampf des kambodschanischen Volkes zu informieren.

Weiters steht im Vertrieb die Broschüre "Die kambodschanische Erfahrung" zur Verfügung, die vor den Betrieben und in der Stadt vertrieben werden soll. (Preis: 10.-) Die Broschüre enthält ausgewählte Schriften, die es in bestimmtem Maße ermöglichen, die historische Entwicklung des Kampfes des kambodschanischen Volkes zu verfolgen und gleichzeitig die kambodschanische Revolution, ihre Erfahrungen und strategische Grundlinie besser kennenzulernen.
Es ist sicher gut, wenn sich die Kollektive auf eine "Nachbesprechung" orientieren, die offenen Fragen noch einmal durchgehen, bzw. mit den Sympathisanten diskutieren.

In der Zeitung wird ein aktueller Artikel erscheinen, ebenso wird im Flugblatt in der Woche vom 22. bis 26.III. die Veranstaltung ausführlich angekündigt. Die Kollektive sollen in dieser Woche einmal dazu auftreten; beim Stadtverkauf sollte auf einer Stelltafel die Filmveranstaltung angekündigt sein.

ooo Nach wie vor gehören zu unseren wichtigen Aufgaben die Arbeit gegen die staatliche Ausplünderung, der Kampf um den Lohn, gegen Rationalisierungen und Steigerung der Ausbeutung im Betrieb und die richtige Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit.

Sie werden in entsprechender Weise in der zentralen Agit-Prop behandelt und es soll dann auch dazu aufgetreten werden.

Wichtig ist v.a., daß die Kollektive das RS 53 (KV) sich genau hernehmen und im Lichte der dortigen Argumentation ihr taktisches Herangehen sowohl während der KV-Runde als auch in der laufenden Politik zur innerbetrieblichen Lohnfrage diskutieren und überprüfen.

ooo Der KB hat vom Nah-Ost-Komitee 200 Stück der neuen Nah-Ost-Zeitung zum Vertrieb in den Betrieben und der Stadt übernommen. Vorgesehen dafür ist die Woche vom 15.-19.III.
Die Kollektive sollen sich möglichst rasch eine entsprechende Anzahl der beim Vertrieb aufliegenden Exemplare sichern.

Das Nah-Ost-Komitee plant in der Woche vom 15.-19.III. eine Veranstaltung auf der UNI mit einem Vertreter der PLO. Der Termin ist aber noch nicht sicher, weil der Zeitpunkt des Eintreffens des PLO-Vertreters noch nicht fix geklärt werden konnte; das ändert aber im Grund-e nichts an unserem Auftreten. Sobald die Sache klar ist, wird sie über Aushang bekanntgegeben.

ooo Abschließend möchte ich noch in Erinnerung rufen, daß die Festlegungen über die Neuorganisierung des Zeitungsverkaufs (RS 52) ab der Nr.3/76 volle Gültigkeit haben und beachtet werden müssen.

ooooo Am 19.III.1976, 19.30 Uhr, Haus der Begegnung, 1190 Wien, Gatterburggasse 2A findet das NORUS FEST der Iranischen Studenten-Organisation statt.

Der unten abgedruckte Brief der kamb.Botschaft (Berlin) wurde uns vorige Woche übermittelt.

K.P.

An den KB Wien. Berlin, 18.II.1976

Liebe Freunde,
Wir danken Euch für Eure Hilfe bei der Verbreitung der Broschüre "Die kambodaschanische Erfahrung". Die Spenden - 1200 DM - sind bereits auf das Solidaritätskonto für den Aufbau eines neuen Kambodscha überwiesen worden.
Mit unseren besten Grüßen. JUOR Someth, ein Repräsentant der Botschaft.

2, A K T I O N S E I N H E I T S A U F R U F

Die sozialen Verhältnisse sind es, welche die werktätige Bevölkerung seit jeher zur Abtreibung als letzten Ausweg gezwungen haben. Darum gibt es eine lange Tradition der Werktätigen im Kampf gegen die staatlichen Verbote der Abtreibung.

Mit Beginn des Jahres 75 wurde der alte Strafparagraph 144 von der Regierung durch die sogenannte Fristenlösung ersetzt. Die FL ist ebenso wie der alte Paragraph ein Teil des Strafgesetzes. Sie stellt grundsätzlich die Abtreibung unter Strafe (§96) und macht nur dann eine Ausnahme, wenn eine Abtreibung nach ärztlicher Beratung von einem Arzt in den ersten drei Monaten (oder bei Gefahr für Mutter und Kind) durchgeführt wird, wobei es den Ärzten frei steht, eine Abtreibung zu machen (§97). Das bedeutet für die Betroffenen, daß die Entscheidung über die Durchführung einer Abtreibung nicht in ihren Händen liegt, sondern diese Entscheidung letztlich von den Ärzten getroffen wird bzw. in der Praxis von eigens dafür eingerichteten Beratungsstellen. Das Ergebnis ist, daß unter der Fristenlösung im Jahre 1975 nur ca.30.000 Abtreibungen (davon ca.15.000 mediz.Indikation!) in den Krankenhäusern durchgeführt wurden. Für die große Zahl der abgewiesenen Frauen hat sich nichts geändert.

Wie un-ter dem §144 bleibt ihnen wiederum nur die Alternative zwischen der Abtreibung bei einem Privatarzt zu einem für die meisten unerschwinglichen Preis, der sehr gefährlichen Selbstabtreibung oder der Abtreibung bei der "Engelmacherin" bzw. das Austragen des Kindes unter ungünstigsten Voraussetzungen.

Das zeigt deutlich, daß die FL ein neuerliches Verbot der Abtreibung ist, das nur wirkliche Vorteile für diejenigen bringt, die es sich wegen ihres Geldes schon immer richten konnten.

All das kann nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung sein, die aufgrund ihrer Lebensverhältnisse das Recht auf Abtreibung, daß also die Betroffenen selbst über die Durchführung einer Abtreibung entscheiden können, braucht. Dieses Recht kann nur dann hergestellt werden, wenn die Werktätigen die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagraphen vom Staat erkämpfen.

Ca.Mitte März wird das Vbg. der Aktion Leben im Parlament behandelt, das andere Mittel zum Verbot der Abtreibung beinhaltet. in dieser Parlamentsdebatte geht es nicht darum, das Recht auf Abtreibung herzustellen, sondern um die wirksamste Art des Abtreibungsverbots. Beide "Lösungen" geben vor, im Interesse des Volkes zu handeln. In dieser Siutation ist es wichtig, zu zeigen, daß nur die ersatzlose Streichung der Abtreibungs§§en im Interesse des Volkes liegt. Des-halb schlägt das Komitee "Für die ersatzlose Streichung des A-§" eine Demonstration in der Woche der Parlamentsbehandlung des Vbg. unter folgenden Losungen vor:

FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG ALLER ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN
GEGEN JEDE FORM DES ABTREIBUNGSVERBOTES - WIE FRISTENLÖSUNG
ODER GESETZESENTWURF DER AKTION LEBEN

---Dieser Aufruf ergeht an: ÖGB, GJ u.Ge,SJ,JG,VsStÖ,VSM,Soz.Frauen,----
KPÖ,KJÖ,KSV,BdF,FÖJ,GRM & Rote FR.GR,AUF,VMA,KAJ,VRA,MLPÖ,KB,MLS,
VUV,RSB,Freidenkerbund.

Bericht der Redaktion 18.2.1976

I. ZUR MITARBEIT AM "KLASSENKAMPF"

Gegenüber den Anfängen der Herausgabe des "Klassenkampf", wo praktisch jede politische Frage Neuland war und Positionen oft über Wochen erarbeitet werden mußten, stellt W.K. im R 38 fest: "...Obwohl die politische Klarheit insgesamt gestiegen ist, müssen noch ganz entschiedene Anstrengungen in der Festlegung einer politischen Linie und der Ausarbeitung einer Taktik unternommen werden. Erst das wird die Voraussetzungen schaffen, daß z.B. die Kollektivleiter in größerem Umfang zum Schreiben von politischen Artikeln herangezogen werden können (neben den notwendigen Änderungen zur Stärkung der Einheiten und zum Herausbilden von mittleren Kadern). Heute werden viele Artikel noch nicht geschrieben, wenn sie nicht von einem Leitungsmitglied übernommen werden.können."

Dieser Gesichtspunkt ist der Hauptgrund, daß die Genossen aus den Einheiten relativ selbständig zu einer politischen Frage, wie sie etwa täglich in den Medien aufgeworfen werden, Stellung nehmen. Ohne eine festsitzende Einschätzung der Klassenkampfsituation, ohne eine dementsprechend festgelegte feste Taktik tut man sich notwendigerweise schwer, das Gewicht der einen oder anderen politischen Frage abzuschätzen und sie richtig zu behandeln. Der neue REchenschaftsbericht und die Ergebnisse der Arbeit der Programmkommission werden uns hier sicher ein gewaltiges Stück weiterbringen.

Es bleibt aber die Tatsache, daß Artikel oder Korrespondenzen - wenn sie nicht direkt von der Redaktion in Auftrag gegeben werden - zumeist Fragen des eigenen engsten Tätigkeitsbereiches behandelt haben und behandeln. Das ist vorerst natürlich, da kennt man sich am besten aus, da hat man eine gewisse Routine. Wie wir aber für die Agitation einen möglichst umfassenden Überblick brauchen über die täglichen Ereignisse - und zu diesem Zweck alle Genossen zumindest die wichtigsten bürgerlichen Zeitungen lesen müssen und sich wohl oder übel einen Standpunkt zu den aufgeworfenen Fragen bilden müssen - so sollte auch bei der Mitarbeit an der Zeitung mit der Praxis gebrochen werden, nur aus dem eigenen unmittelbaren Arbeitsbereich zu berichten und alles andere den Massen vorzuenthalten. Eine gewisse Scheu davor rührt wohl zu einem guten Teil daher, daß die Genossen zu wenig Vertrauen dazu hatten, ob ihr Standpunkt zu der einen oder anderen Frage genügend richtig, genügend ausgereift usw. sei, und es sich daher nicht "auszahle", an die Redaktion eine Korrespondenz usw. zu schicken. Der "Klassenkampf" wird dann ohnehin Stellung nehmen.

Es ist aber nicht so, daß wir ohne politische Festlegungen dastehen. Sehr viel geholfen bei der Beurteilung bestimmter aktuellLer politischer Fragen - auf die man ja jederzeit eine Antwort geben können muß, in der Agitation wie in der Zeitung - hätte eine regelmäßige Auseinandersetzung mit den Festlegungen des RB der 1.o.DK., der ja "vor allem dem Zweck (dient),

sich Klarheit über die aktuelle Entwicklung der politischen Lage und die Aufgaben der Kommunisten in dieser konkreten Situation zu verschaffen sowie sich Rechenschaft abzulegen über die Erfüllung der Aufgaben in der Vergangenheit und Lehren aus diesen Aufgaben zu ziehen für die Erfüllung der anstehenden Aufgaben...Der RB wurde selten als Waffe gebraucht, als die er geschaffen wurde." (G.St., RS 47)

Wie für andere Fragen unserer Arbeit gilt diese Kritik auch für das liberale Herangehen an die FrageP soll ich oder soll ich nicht meine Meinung zu einem bestimmten Problem etwa über unsere Zeitung in die Massen tragen? Lieber zuwarten, bis ein anderer dasselbe Problem für entsprechend wichtig hält und Stellung nimmt, ist zweifellos eine falsche Haltung.

Es spricht nichts dagegen, daß man auch kurze, formlose Notizen der Redaktion zukommen läßt, um einzelne Meinungen und kollektive, wichtige Informationen und Argumente usw. Mitzuteilen. Es gibt sehr viele Fragen, wo sich unmittelbar keine Korespondenz ergibt, wo aber eine kurze Meldung an die Redaktion viel weiterhelfen kann. Wir müssen an die Erfahrungen der Genossen bei und in ihren Betrieben, an ihren Arbeitsstätten, mit ihren Kollegen, im Stadtverkauf und im Kontakt mit ihrem persönlichen Bekanntenkreis, den Eltern, Freunden und Verwandten herankommen, Zu welchen Fragen man mit der Zeitung am besten ansetzen kann, wie die Leute auf die einzelnen Art-ikel reagieren, wie man bestimmte immer wiederkehrende bürgerliche Meinungen aufbrechen konnte, was nach der Meinung der Leser zuwenig behandelt wird und behandelt werden sollte usw. Davon wissen wir viel zuwenig!

Ein Beispiel fürdas unentwickelte Bedürfnis, das eigene Wissen den Massen mitzuteilen, bietet die Zelle Ottakring: sie hat seit etwa zwei Monaten eine Zwei-köpfigen Agit-Prop-Ausschuß eingerichtet, der die Aufgabe hat, die aktuelle politische Entwicklung, die in den Zeitungen aufgeworfenen Probleme und Fragen nach bestimmten Gesichtspunkten systematisch zu erfassen und für die Zelle fruchtbar zu machen, um die Agitation zu verbessern.
Das ist eine gute und notwendige Ergänzung zu den im "Klassenkampf" aufgeworfenen Fragen und Informationen, der ja - durch das monatliche Erscheinen - in dieser Hinsicht bestimmte Grenzen hat. Die Genossen sind aber noch nicht auf die Idee gekommen, ihren Standpunkt zu dieser oder jener Frage in Form eines Artikels oder einer Notiz den Massen über unsere Zeitung zugänglich zu machen.

Man kann trotzdem sagen, daß sich die Mitarbeit an der Zeitung in den letzten zwei Monaten, was Zahl und Qualität der eingelangten Artikel betrifft, verbessert hat. Wenn auch die Schwächen nicht übersehen werden dürfen, die groß genug sind. Das hängt eng zusammen mit unserer gesamten Politik. Die Redaktion kann hier in einem gewissen Ausmaß eingreifen, das aber notwendig beschränkt ist. Durch entschiedene Verbesserung der Redaktionsarbeit selbst, auf der einen Seite, sowie über bestimmte Hebel zur Gewinnung der Genossen für die Verbesserung der Mitarbeit an der Zeitung.

Was die zweite Seite betrifft, so strebt die Redaktion eine Verbesserung der Arbeit und des Kontakts mit den Einheiten und Korrespondenten an, mit dem Ziel, einen verbindlichen Korrespondenten- und Sachbearbeiterstab aufzubauen. Der persönliche Kontakt mit den Einheiten ist noch immer zu unentw-ickelt, woran in erster Linie die Redaktion Schuld hat.

Die anfänglich geübte Praxis, mit jedem einzelnen Artikelschreiber immer wieder Termine auszumachen um die Probleme des Artikels zu besprechen, konnte wegen der Fülle der auf diese Weise anfallenden Termine unmöglich durchgehalten werden. Aus diesem Grund hat die Redaktion Sprechstunden eingerichtet, die anläßlich der bestehenden Schwächen ein Hebel sein sollen, um die Mitarbeit der Organisation zu erleichtern. Sie werden aber mit der Entwicklung der schriftlichen Korrespondententätigkeit (Beantwortung seitens der Red. usw.") und der Entwicklung der Mitarbeit der Organisation wieder in den Hintergrund treten; sie sind der Entwicklung des schriftlichen verbindlichen Korrespondentenverkehrs untergeordnet.
Dasselbe gilt für die direkten Kontakte der Red. mit den Einheiten; zur Zeit ist diese Vorgangsweise aber zweckmäßig.

DIE REDAKTION IST ZU FOLGENDEN ZEITEN ZU ERREICHEN:

Täglich von 18.00 Uhr bis 19.30, und zwar:

Montag.....P.R.
Dienstag.....C.R.
Mittwoch.....G.F.
Donnerstag.....H.H.
Freitag.....P.R.

Recht gut beginnt sich die Mitarbeit an der Zeitung zu entwickeln, was die Kritiken betrifft. Bezüglich der Dezember-Nummer hat es 8 schriftliche Kritiken gegeben (6 im Novembr) bezüglich der Jänner-Nummer allerdings nur 5. Die Kritiken sind für die Redaktion sehr wertvolle Anregungen für die Verbesserung ihrer Arbeit. Daß noch immer zuwenig Kritiken kommen, liegt wohl nicht zuletzt daran, daß die Redaktion noch kaum öffentlich reagiert hat. Die Red. verpflichtet sich ab sofort, die wichtigsten Kritiken zusammenzufassen, zu beantworten und der Organisation zur Verfügung zu stellen. Daß dies bisher nicht geschah, hat u.a. darin einen Grund, daß die Kritiken irgendwo "steckenbleiben" und oft nicht bis zur Red. kommen oder viel zu spät. Daher: Kritiken rechtzeitig schreiben! Einen Durchschlag an die Leitung, einen an die Red.

1.
Zum Artikel in der Jänner-Nummer "Provokation der Kapitalisten" schreibt die MLS-Zelle Romanisten, daß nicht angegeben wird, "was die notwendigen Schritte sind", daß der Artikel zwischen "entschiedenem Protest und innerbetrieblichem Kampf schwankt"; dazu kommt die Kritik der MLS-Zelle Historiker, die das Auftreten des KB zu den KV-Verhandlungen kritisiert und darauf hinausläuft, daß man an der 10%-Forderung festhalten hätte

müssen und daß unsere Politik die Arbeiter im wesentlichen an die Taktik der Gewerkschaftsführung ausgeliefert und den Kampf zurückgezerrt hätte.

Soweit diese Positionen nicht durch den Artikel von W.L. in der Februar-Nummer beantwortet wurden, weisen wir darauf hin, daßin nächster Zeit ein RS der Leitung herauskommen wird, das sich ausführlich mit diesen Positionen auseinandersetzen wird anhand von gleichen Kritiken im KB.
Wir gehen daher nicht näher auf diese Haltungen ein.

2.
Richtig kritisiert wurde mehrheitlich der Minderheiten-Artikel "Keine Einschränkung der Rechte der Minderheiten".
"Es steht nicht drin, was ist, sondern was nicht sein darf." (Romanistik, Kapsch)
Das stimmt. In der Feb.Nr. wurde versucht, das Herangehen an diese Frage zu verbessern (siehe RS 49). Es wurde versucht, die Frage des Art.7 ausführlicher zu behandeln, zum anderen, die soziale Situation der Minderheiten darzustellen. Letzteres ist wiederum nur schlecht gelungen, über die klassenmäßige Zusammensetzung der Slo-wenen etwa wurde überhaupt nichts Ausreichendes gesagt. In der März Nr. und in einem zentralen Flugblatt soll dieser Mangel korrigiert werden.

3.
Richtig kritisiert wurde auch die äußerst mangelhafte Behandlung der Abtreibungsfrage. Viel zu wenig scharf wurde anhand der konkreten Zustände und Erfahrungen der Massen mit der Fristenlösung "die politische Entmündigung und Entrechtung des Volkes in der bestehenden Gesellschaftsordnung und im bestehenden Staat, die (Notwendigkeit der) Beseitigung solcher Verbote und Paragraphen, die neben den sozialen Zuständen einen gewaltigen zusätzlichen Druck bedeuten" herausgearbeitet (Zit: W.L. RS 46). Hier müssen wir uns ordentlich zusammenreißen.

Unter den Kritiken hat es aber auch gewisse Vorstellungen gegeben, die falsch sind: so schreibt das ELIN-Kollektiv, zur Frage des "ungeborenen Lebens" folgendes:

..."Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen, er ist, wie Marx sagte - das Ergebnis der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die menschliche Existenz dieses neuen Lebens beginnt daher erst mit dem Eintritt in die Gesellschaft, mit der Trennung vom Mutterleib. Alles andere führt auf idealistische Abwege. Die bürgerliche Propaganda geht ja genau von der idealistischen Vorstellung des Lebens "überhaupt", vor jeder Gesellschaft, vom abstrakten Leben aus, daher von etwas, was es nicht gibt. Sagt man,daß die Frage, ob Mord oder nicht gleichgültig sei, gibt man schon zu, es könnte auch Mord sein. Aber für die betroffenen Familien stellt sich nicht die Frage, ob sie hier "allgemein-menschliches Leben" töten, die Frage ist vielmehr die, ob sie unter den konkreten Bedingungen noch einen weiteren Hungerleider sich leisten können. Was die betroffenen Familien daher praktisch tun ist, den "allgemein menschlichen Menschen" der bürgerlichen Ideologie auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen, wobei die Frage Mord oder nicht nicht

gleichgültig ist, sondern überhaupt nichts damit zu tun hat. Denn ermorden können sie den neuen Hungerleider erst, wenn er schon als solcher lebt und ihnen noch etwas wegnimmt von dem, was sie selbst zum Leben brauchen, nicht aber zu einer Zeit, wo er noch gar nicht Mensch ist!"

Man kann nur hoffen, daß mit dieser Argumentation noch keine Mutter überfallen wurde. Die ELIN-Genossen sollten sich das Beispiel der Arbeiterin, die unter schwersten Bedingungen 2, 3 Kinder großgezogen hat und stolz und glücklich ist über ihre Kinder genau durchlesen, das Gen.WL im RS 46 schildert. Deswegen, weil es nur ein "allgemein menschlicher Mensch" ist, den eine Mutter mit Sorgen erwartet, weil die sozialen Verhältnisse schlecht sind, wird ihr eine Abtreibung nicht leichter fallen! Eine solche Haltung geht völlig vorbei an den Gefühlen und Bedürfnissen der Massen, die mit Recht gerne Kinder und Familien hätten. Diese Haltung geht genau daran vorbei, daß die Kommunisten "ganz entschieden gegen das Abtreiben(sind), wenn und wo es nicht wirklich notwendig ist, und überhaupt gegen die Mentalität, daß man lieber keine Kinder kriegen soll, daß Kinder nur eine Belastung darstellen usw.usf. ...genauso entschieden wie für das Recht auf Abtreibung (W.L. RS 46).

4.
Fast alle Stellungnahmen kritisieren entschieden die Länge der Artikel, die das Lesen oft unmöglich und fad machen und auf diese Weise schlecht geeignet sind, den Massen unsere Meinung bekanntzumachen.

Der Hauptgrund warum viele Artikel zu lang und zu kompliziert sind, ist wohl der, daß politische Unklarheiten über die Behandlung bzw. das Wesen der betreffenden Frage bestehen, daß sich der Autor über komplizierte Umwege an die Antwort auf das bestehende Problem herantastet. Hier hilft nichts anderes als: genaue, konkrete Analyse des entsprechenden Problems, genaue Untersuchung seiner Haupt- und Nebenseiten, Unsicherheiten können durch Phrasen nicht übertüncht werden. Ist man in der Untersuchung auf den Kern und die Lösung des Problems gekommen, hat man seine vielen Seiten richtig gewogen und abgeschätzt, dann wird man auch zielstrebiger eine Frage aufwerfen und beantworten können, dann werden die Artikel einfacher und Kürzer sein. Das heißt natürlich nicht, daß jeder Artikel kurz sein muß. Das kommt auf die Frage an.

Dazu kommt, daß durch das monatliche Erscheinen der Zeitung bei etlichen noch nicht behandelten Fragen weit ausgeholt werden muß, viel zu oft aber viel zu weit ausgeholt wird.

Was das Schreiben von Korrespondenzen betrifft, weisen wir nochmals auf das RS 25 hin, (Bericht der Red. von W.F.), wo alles Wesentliche darüber zusammengefaßt ist.

Zum Abschluß sollte man sich noch folgende Anregungen vor Augen halten, auf die Genosse Mao Tse-tung ("Gegen den Parteischematismus") hinweist. (Man sollte sich überhapt diese Abhandlung durchlesen vor dem nächsten Artikel):

er zitiert Dimitroff:

"Wenn du schreibst und sprichst, so mußt du stets an den ein-

fachen Arbeiter denken, der dich verstehen, deinem Ruf glauben und der dir mit Bereitschaft folgen soll. Du mußt daran denken, für wen du schreibst und zu wem du sprichts."

Und weiter aus einigen Regeln, die Lu Hsün für das Schreiben von Artikeln aufgestellt hat:

Die erste Regel: "Auf die verschiedensten Dinge achtgeben, recht viel beobachten, nicht auf den ersten Eindruck hin schreiben."
die zweite Regel: " Zwinge dich nicht zum Schreiben, wenn du nichts zu schreiben hast."
die vierte Regel: "Lies das Geschriebene mindestens zweimal durch und bemühe dich, entbehrliche Worte, Sätze und Absätze schonungslos zu streichen. Verdichte lieber den Stoff für eine Erzählung zu einer Skizze, hüte dich dagegen stets davor, einen nur für eine Skizze ausreichenden Stoff zu einer Erzählung breitzuwalzen."

Mao Tse-tung schreibt weiter:

Konfuzius gab den Rat, "zweimal zu überlegen", und Han Yü sagte: "Dein Handeln hat Erfolg, wenn es durchdacht ist." So hieß es in der alten Zeit. Heute sind die Dinge sehr kompliziert. Es gibt Angelegenheiten, über die man sogar drei- und viermal nachdenken muß - und auch das ist noch zu wenig. Lu Hsün rät, "mindestens zweimal durchzulesen." Und höchstens? Darüber sagt er nichts; ich glaube aber, daß es durchaus nicht schaden würde, einen wichtigen Artikel zehnmal und noch öfter durchzulesen, ihn gewissenhaft zu redigieren und erst dann zu veröffentlichen. Ein Artikel ist die Widerspiegelung der objektiven Wirklichkeit, die Wirklichkeit ist aber kurvenreich und kompliziert; erst wenn man sie immer wieder studiert hat, kann man sie richtig widerspiegeln. Dabei oberflächlich und nachlässig sein heißt die elementarsten Kenntnisse der literarischen Arbeit nicht besitzen. (AW III,S.70ff.)